

Datenschutzinformationen gemäß Art. 13 und 14 DSGVO im Zusammenhang mit dem Antrag auf Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen nach § 56 Abs. 1 und 5, § 57 und § 58 IfSG	
Hinweis: Die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle ist die für Sie zuständige Bewilligungsstelle. Dabei handelt es sich um diejenige Regierung, bei der Sie Ihren Antrag stellen. Stellen Sie Ihren Antrag z.B. bei der Regierung von Oberbayern, ist die Regierung von Oberbayern auch die für die Datenverarbeitung zuständige Stelle. Sofern Sie den Antrag bei der örtlich unzuständigen Regierung gestellt haben und Ihr Antrag an die tatsächlich zuständige Regierung übermittelt wird, wechselt dadurch auch die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle. In diesem Fall erhalten Sie eine gesonderte Mitteilung zur Abgabe Ihres Antrags sowie ergänzende Hinweise zum Datenschutz.	
1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist je nachdem, bei welcher Regierung Sie den Antrag stellen, die Regierung von Oberfranken, Postfach 110165, 95420 Bayreuth, Telefon (0921) 604-0, E-Mail: poststelle@reg-ofr.bayern.de . oder Regierung von Mittelfranken, Postfach 606, 91511 Ansbach, Telefon (0981) 53-0, E-Mail: poststelle@reg-mfr.bayern.de . oder Regierung von Unterfranken, Peterplatz9, 97070 Würzburg, Telefon (0931) 380-00, E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de . oder Regierung der Oberpfalz, Emmeramsplatz 8, 93047 Regensburg, Telefon (0941) 5680-0, E-Mail: poststelle@reg-opf.bayern.de . oder Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Telefon (0871) 808-01, E-Mail: poststelle@reg-nb.bayern.de . oder Regierung von Oberbayern, Maximilianstr. 39, 80538 München, Telefon (089) 2176-0, E-Mail: poststelle@reg-ob.bayern.de . oder Regierung von Schwaben, Fronhof 10, 86152 Augsburg, Telefon (0821) 327-01, E-Mail: poststelle@reg-schw.bayern.de .
2. Kontaktdaten der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten	Die jeweilige Datenschutzbeauftragte / den jeweiligen Datenschutzbeauftragten (Person) erreichen Sie wie folgt: Datenschutzbeauftragter Regierung von Oberfranken Postfach 110165, 95420 Bayreuth, Telefon (0921) 604-1497, E-Mail: datenschutzbeauftragter@reg-ofr.bayern.de . Datenschutzbeauftragter Regierung von Mittelfranken Promenade 27, 91522 Ansbach, Telefon (0981) 53-0, E-Mail: datenschutzbeauftragte@reg-mfr.bayern.de .

	<p>Datenschutzbeauftragter Regierung von Unterfranken Peterplatz 9, 97070 Würzburg, Telefon (0931) 380-00, E-Mail: datenschutz@reg-ufr.bayern.de.</p> <p>Datenschutzbeauftragter Regierung der Oberpfalz, Emmeramsplatz 8, 93047 Regensburg, Telefon (0941) 5680-1184, E-Mail: datenschutz@reg-opf.bayern.de.</p> <p>Datenschutzbeauftragter Regierung von Niederbayern, Regierungsplatz 540, 84028 Landshut, Telefon (0871) 808-2300, E-Mail: datenschutz@reg-nb.bayern.de.</p> <p>Datenschutzbeauftragter Regierung von Oberbayern Maximilianstr. 39, 80538 München, Telefon (089) 2176-2910, E-Mail: datenschutzbeauftragte@reg-ob.bayern.de.</p> <p>Datenschutzbeauftragter Regierung von Schwaben Fronhof 10, 86152 Augsburg, Telefon (0821) 327-2008, E-Mail: datenschutzbeauftragter@reg-schw.bayern.de.</p>
<p>3. Betroffenenrechte</p>	<p>Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie können Auskunft verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann. • Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). • Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung ihrer Verarbeitung (18 DSGVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchst. b DSGVO). • Erfolgt die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO), haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Widerspruch einzulegen, wenn Sie hierfür Gründe haben, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO). <p>Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.</p> <p>Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der Datenschutz-Grundverordnung oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.</p>

4. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde	<p>Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:</p> <p>Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagnmüllerstraße 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 217672-50</p> <p>Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html</p>
5. Zwecke der Datenverarbeitung	<p>Prüfung der Voraussetzung und der Höhe der beantragten Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen für an Arbeitnehmer geleistete Verdienstausfallentschädigungen.</p>
6. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	<p>Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. § 56 Abs. 1, Abs. 2 und 3, Abs. 5 bis 11, § 57 und § 58 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG)</p>
7. Kategorien der personenbezogenen Daten, soweit der betroffenen Person noch nicht bekannt	<p>Zusätzlich zu den von Ihnen angegebenen Daten verarbeiten wir folgende personenbezogene Daten von Ihnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ggf. Gesundheitsdaten ergänzend zur schriftlichen Bestätigung der Quarantäne bzw. zu den Angaben bzgl. Arbeitsunfähigkeit / Erkrankung, wenn und soweit dies für die Prüfung des Antrages erforderlich ist (Art. 9 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Buchst. f DSGVO), • ggf. Zahlungsdaten ergänzend zu den Angaben zu Sozialversicherungsbeiträgen, freiwilligen Versicherungen bzw. sonstigen Kompensationen.
8. Quellen personenbezogener Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben werden bzw. wurden	<p>Ihre Daten zum Nachweis Ihrer Angaben im Antrag werden erhoben</p> <ul style="list-style-type: none"> • ggf. beim jeweils zuständigen Gesundheitsamt bzw. beim Aussteller einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, • ggf. beim jeweiligen Sozialversicherungsträger bzw. bei sonstigen angegebenen Versicherungsunternehmen.
9. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Auftragsverarbeiter: Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern (IT-DLZ), St.-Martin-Straße 47, 81541 München, Telefon: 089 / 2119-0, E-Mailadresse: datenschutz@ldbv.bayern.de Ihre Daten werden zentral beim IT-DLZ gespeichert, da dieses die erforderliche Infrastruktur für die elektronische Datenverarbeitung der Verantwortlichen betreibt. • Staatsoberkasse Bayern in Landshut zum Zweck der Zahlungsabwicklung, • ggf. das zuständige Finanzamt bzw. Fiskalat am Landesamt für Finanzen im Falle von Vollstreckungs- bzw. sonstigen Beitreibungsmaßnahmen, • Bundesagentur für Arbeit bei übergeleiteten Ansprüchen (§ 56 Abs. 9 IfSG), • sonstige Sozialversicherungsträger (§ 57 IfSG), • Finanzbehörden (§ 10 Absatz 4b Satz 4 bis 6 und § 32b Abs. 3 EStG),

	<ul style="list-style-type: none"> • ggf. an das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, das Bundesministerium für Gesundheit, der Bayerische Oberste Rechnungshof und der Bundesrechnungshof zur Wahrnehmung der jeweiligen Kontrollrechte, • ggf. an das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit in der Informationstechnik (Art. 12 ff. des Bayerischen E-Government-Gesetzes), • Unterlagen, die nicht mehr zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden, werden dem Archiv zur Übernahme angeboten.
10. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	Nach Erhebung speichern wir Ihre Daten für mindestens 30 Jahre (Ziff. 5.2 der Aussonderungsbekanntmachung iVm. Nr. 2451 des Aussonderungsverzeichnisses). Ihre Daten werden, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben nicht mehr erforderlich sind, nach spätestens 30 Jahren gelöscht, sofern das Staatsarchiv keine Entscheidung bezüglich der Übernahme getroffen hat (Art. 6 Abs. 1 des Bayerischen Archivgesetzes).
11. Pflicht/Keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten	Die Angabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt freiwillig. Sofern Sie diese Daten nicht bereitstellen, kann dies allerdings zur Folge haben, dass Ihr Antrag nicht bearbeitet werden kann und letztlich abgelehnt werden muss.